

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Benda, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinge, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

**Ercheim wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr**  
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—**  
durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren **Mk. 9.75.** Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises



**Einzelgenpreise: Die Spaltenbreite 40 Pfg., auswärts 75 Pfg. Um-  
schlüssel Mk. 1.20. Reklamapreis Mk. 1.20. Beleggebühr pro Nummer Mk. 2.—**  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,  
früher noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Kosten entgegen. —  
Bestellungen werden von dem Austräger oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrauensamt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: **Wang & Gule, Naunhof** bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 70

Mittwoch, den 15. Juni 1921

32. Jahrgang

## Amthliches.

### Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 16. Juni 1921, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Die Verkaufsstelle des Wohlfabricsamtes in der Bezirks-  
anstalt Grimma, Turnerstraße 2 ist

vom 16. Juni bis 25. Juni d. J. geschlossen.

Naunhof, am 14. Juni 1921. Der Bürgermeister.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der deutsche Wiederaufbauminister Rathenau hatte in  
Wiesbaden mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur  
über die schwebenden Fragen mehrere Besprechungen.

\* Der Reichsarbeitsminister hat die Geltung der gegen-  
wärtigen Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge, die ursprünglich  
nur für die Wintermonate gelten sollten, bis 31. Juli 1921  
verlängert.

\* Vor dem Sondergericht in Berlin begann der Prozeß  
gegen den zahlreicher Straftaten angeklagten Kommunisten  
Kölsch.

\* Koran-Ossiere sprachen die Trohng aus, daß jeder  
Versuch, ihre Leute zu entlassen, zum Unheil ausschlagen  
müsse.

\* Auf Grund der Verhaftung eines britischen Konsults-  
angehörigen droht der englische Gesandte in Warschau mit der  
Abreise.

\* König Konstantin ist auf einem Kriegsschiff in Smarna  
eingetroffen.

\* Ein griechischer Torpedojäger hat Karamussal an der Küste  
des Warmararceres und Ineboli bombardiert.

### Die Konferenz von Wiesbaden

Nur unter heftigem Erörtern hat die deutsche Regie-  
rung die Tatsache bekanntgegeben, daß Dr. Rathenau,  
unser Wiederaufbauminister, am Sonntag in Wies-  
baden eingetroffen und dort dem französischen Wieder-  
aufbauminister Loucheur begegnet ist. Zwei Tage lang  
hatte sie diese von Paris aus angekündigte Reise auf das  
bestimmteste geleugnet — warum, weshalb, niemand kann  
es wissen, niemand kann es sagen.

Erst als am Montag ausführliche französische Berichte  
über den Verlauf der Sonntagskonferenz vorlagen, ent-  
schloß man sich, das Geheimnis preiszugeben, ein Ver-  
fahren, dessen Selbstzweck von der öffentlichen Meinung  
natürlich heftig kritisiert wird. Man weist darauf hin, daß  
wir mit dieser Sorte von diplomatischer Geheimnisträ-  
gerei schon die trübsten Erfahrungen gemacht hätten, und gibt  
seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß auch ein so  
erfahrener Politiker, wie Herr Dr. Rathenau, sich von die-  
sen veralteten Methoden im Umgang mit Verhandlungsg-  
egnern nicht freizumachen weiß. Der bisherige Präsident  
der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wird sich wohl  
darauf berufen können, daß in seiner langjährigen und  
reichhaltigen Geschäftspraxis Vertraulichkeit, wenn sie ein-  
mal vereinbart wurde, auch stets von beiden Seiten  
peinlichst gewahrt worden ist. Aber die Amtsstelle in der  
Wilhelmstraße hätte die Pflicht gehabt, ihn darauf vor-  
zubereiten, daß er im Umgang mit französischen Unter-  
händlern nur auf ein sehr geringes Maß von Diskretion  
rechnen dürfe. Er wäre dann nicht von der Tatsache über-  
rastet worden, daß Herr Loucheur, kaum, daß die erste  
fünftägige Unterredung mit dem deutschen Reichsminister  
beendet war, seinen journalistischen Vertrauensmännern  
vom „Matin“ und „Petit Parisien“ alles haarklein er-  
zählte, was er soeben mit Herrn Dr. Rathenau geredet  
hatte. Die Franzosen fühlen sich aller internationalen  
Mitschichten, aller geschäftlichen Höflichkeiten überhoben.  
Und wir?

Doch das sind schließlich Nebenerscheinungen, die der  
sachlichen Bedeutung der Wiesbadener Konferenz keinerlei  
Eintrag tun können. Herr Loucheur kennzeichnet sie als  
einen allgemeinen Gedankenaustausch, von dem aus man  
unter günstigen Umständen auch in den Einzelheiten der  
Wiederherstellungsbüro einander näher kommen könnte.  
Der amtliche deutsche Bericht spricht davon, daß Überein-  
stimmung in dem Bereiche gebrüht habe, die Aufgabe  
des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in großem  
Ausmaß und im beschleunigten Tempo weiterzuführen.  
Am übrigen beschränkt er sich darauf, ganz kurz die Fragen  
zu nennen, über die in der Sonntagskonferenz „in ständiger  
persönlicher Aussprache“ verhandelt wurde: Sachleistung,  
Arbeitsleistung und Finanzierung. Ungleich ausführlicher  
sind die französischen Mitteilungen gehalten. Hier wird  
zunächst verraten, daß Rathenau wiederholt auch auf Ober-  
schichten zu sprechen kommen wollte, daß aber Loucheur  
diese Bemühungen abgewehrt habe, weil er mit Politik  
nicht zu tun habe. Paquoten habe der deutsche Minister

die wirtschaftliche Lage Europas in aller Ausführlichkeit  
schildern können und ebenso seine Abneigung gegen die  
25prozentige Ausfuhrabgabe. Sowohl in der Frage der  
festen Jahresleistungen, wie in der Regelung der Kredit-  
frage soll Rathenau andere vom Inhalt des Ultimatums  
abweichende Vorschläge angebeutet haben, ohne jedoch schon  
endgültige Pläne vorlegen zu können. Dabei habe Herr  
Loucheur „sehr aufrichtig“ zu verstehen gegeben, daß  
Deutschland auf keinen Fall eine Garantie der Verbündeten  
für seine etwaigen Anleihen erhalten würde. Und als Dr.  
Rathenau zu den Sachleistungen überging, mit denen  
Deutschland bekanntlich einen sehr erheblichen Teil seiner  
Wiederherstellungsschulden abzutragen gedenkt, scheint Herr  
Loucheur noch mehr Wasser in den ach odnein schon so  
dünnen Wein der deutschen Leistungsmöglichkeit hineinge-  
tan zu haben. Während nämlich das Londoner Abkom-  
men bestimmt, daß deutsche Sachleistungen und franzö-  
sische Bezahlungen dafür sich in ihren Jahresbeträgen  
beden sollen, betonte Herr Loucheur die Notwendigkeit, die  
französischen Zahlungen für mehrere Jahre abzustufen;  
andernfalls hätte Frankreich nur ein geringes Interesse an  
den deutschen Sachleistungen. Er würde es für besser hal-  
ten, wenn Deutschland sich zu Materiallieferungen als  
Vorschuß auf spätere Zahlungen Frankreichs verstehen  
würde. Mit anderen Worten: Frankreich hat schon diese  
erste persönliche Aussprache mit einem Mitgliede der deut-  
schen Regierung dazu benutzt, um den Versuch zu machen,  
sich noch über die Bedingungen des Ultimatums hinaus-  
gehende finanzielle Vorteile zu sichern. Dr. Rathenau ist  
ja Geschäftsmann genug, um die Tragweite dieser Zu-  
mutungen von vornherein zu erkennen. Daß er aber  
sonderlich angenehm berührt sein mag von dem Verhalten  
seines Vertragsgegners, das doch einermäßen an gewisse  
Geistesgegenheiten bei Pferdebäusen erinnert, wird ganz be-  
stimmte nicht anzunehmen sein.

Ganz wie sein Herr und Meister Briand, der Minister-  
präsident, begleitet auch Herr Loucheur das Geschäft, das  
er in Wiesbaden abzuschließen oder zu fördern gedenkt,  
mit manderlei Schmeicheleworten für den deutschen Unter-  
händler. Er habe Herrn Rathenau als einen Mann ken-  
nen gelernt, der von den besten Absichten besetzt sei und  
den christlichen Willen kundgegeben habe, Deutschlands  
Unterstützung zu respektieren. Doch müsse man erst die Er-  
örterung der einzelnen Fragen abwarten, um sich eine  
Meinung über die möglichen Ergebnisse dieser Unterredun-  
gen bilden zu können. Dieser Meinung wird zweifelsohne  
auch Herr Dr. Rathenau sein und deshalb um so vorsichtiger  
in der Wiedergabe seiner persönlichen Eindrücke in  
Wiesbaden verfahren.

Nach der Möglichkeit eines unmittelbaren Gedanken-  
austausches von Regierung zu Regierung haben unsere  
letzten Reichskabinette schon seit Jahren Verlangen ge-  
tragen, daß sie jetzt — freilich erst nach Annahme des Ul-  
timatums — gewährt wird, ist wohl mit Freude zu begrüßen,  
doch wäre dieses Zugeständnis viel zu teuer erkauft, wenn  
es mit der Übernahme von Verpflichtungen, die gar noch  
über das Ultimatum vom 5. Mai hinausgehen, bezahlt  
werden müßte.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Die weittragenden deutschen Geschäfte.

Die Interalliierte Militärkontrollkommission hat die  
deutsche Regierung um Auskunft über den Verbleib der sehr  
weittragenden Geschütze erjucht, die im Kriege von dem  
deutschen Heere verwendet worden sind. Ihre Anfrage ist  
wie folgt beantwortet worden. Während des Krieges sind  
im ganzen 7 sehr weittragende Geschütze erbaut worden.  
Von ihnen sind 4 während des Krieges unbrauchbar ge-  
worden und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren  
noch 3 solcher Geschütze vorhanden, von denen ein Rohr  
Ende April 1919 in Essen zerstört, das zweite am  
18. November 1919 auf dem Versuchsschiff Reppen ge-  
sprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magdeburg  
zerstört worden ist. Die Teile dieser drei Rohre sind  
verschrottet.

#### Aufhebung außerordentlicher Gerichte.

Die außerordentlichen Gerichte in Arnberg, Dort-  
mund, Elberfeld, Münster, Wesel, Stendal, Altona, Hens-  
burg und Weiningen sind aufgehoben worden. Die Auf-  
hebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

#### Gegen die Zurückhaltung von Deutschen in Kognon.

In vielen größeren Städten Deutschlands fanden am  
Sonntag Protestkundgebungen gegen die Zurückhaltung  
von 115 deutschen Kriegsgefangenen in Avignon durch  
Frankreich statt. Tausende von Personen beteiligten sich  
in Berlin, Leipzig, Breslau, Hamburg usw. an Umzügen und  
Versammlungen, in denen Entschuldigungen, welche die Un-  
gerechtigkeit der französischen Regierung verurteilen, gefaßt  
wurden. Proteste sollen an den Papst, den Völkerbund  
und sämtliche Regierungen des Auslandes gehen.

#### Keine Hinausschiebung der Entwaffnung in Bayern.

Zu der durch die Presse gegangenen Meldung, daß die  
Vollstreckungskonferenz für die Auflösung und Entwaffnung  
der bayerischen Einwohnerwehren weitere Fristen in Aus-  
sicht genommen habe, hat die Reichsregierung sofort amt-

liche Erkundigungen eingezogen und die Mitteilung er-  
halten, daß die Nachricht unzutreffend sei. Die Vollstreckungs-  
konferenz hat sich in ihren letzten Sitzungen mit der Frage  
der bayerischen Einwohnerwehren überhaupt nicht befaßt  
und insbesondere eine Hinausschiebung der Termine nicht  
beschlossen.

#### Demokraten und Deutsche Volkspartei.

In Magdeburg fand eine Vertrauensmännerveramm-  
lung der Deutschen Demokratischen Partei des Wahlkreises  
Magdeburg-Anhalt statt, in der Reichsminister Schiffer  
sprach. Hinsichtlich der inneren Politik betonte der Red-  
ner, daß die Demokratische Partei die Tür für die Deutsche  
Volkspartei offen halten wolle zu sachlicher Zusammen-  
arbeit. Nach dem Schlusswort des Ministers wurde eine  
auf seine Rede bezugnehmende Entschließung gefaßt.

#### Entschädigung der deutschen Neu-Guinea-Compagnie.

Die Unternehmungen der Neu-Guinea-Compagnie in  
dem ehemaligen Schutzgebiete Deutsch-Guinea unterliegen  
seit dem 1. September 1920 auf Grund des Versailleser Ver-  
trages der zwangsweisen Enteignung. Der Gesellschaft  
wurde jetzt durch die zuständige Spruchkommission eine  
Vorentscheidung von 19 1/2 Millionen Mark zugewilligt.  
In Ausführung der Beschlüsse der außerordentlichen Gene-  
ralversammlung vom 16. November 1920 ist die Gesellschaft  
mit dem Wiederaufbau ihres Unternehmens in Süd-  
amerika beschäftigt.

#### Der Prozeßtrell in Bayern.

Der als Protest gegen die Ermordung des Abg.  
Carls ausgesprochene Streik hatte sich über die Grenzen  
Münchens ausgebreitet und sich auch auf Nürnberg, Koburg  
und andere Orte verbreitet. Dennoch konnte von einer all-  
gemeinen Arbeitsruhe nicht die Rede sein, zur Hauptfrage  
wurden die großen industriellen Werke betroffen, teilweise  
auch die Straßenbahnen, die Gas-, Elektrizitäts- und  
Wasserwerke. Die Zeitungen waren vielfach am Erscheinen  
verhindert. Die sozialistischen Parteien propagierten den  
Streik. Eine große Kundgebung auf der Theresienwiese,  
ber die geschlossene Teilnahme an dem Begräbnis folgen  
sollte, wurde verboten. — In Berlin wurden Montag  
eine Anzahl Versammlungen der Sozialdemokratie ver-  
anstaltet, in der Protestentscheidungen gegen das Attentat  
auf Garls gefaßt wurden. An die Versammlung schloß  
sich ein Demonstrationsszug und eine gemeinsame Schluß-  
kundgebung.

#### Hergt über die jetzige Regierung.

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen  
Volkspartei für Baden führte der frühere Minister Hergt  
u. a. aus, die heutige Reichsregierung sei nur eine Regie-  
rung von Glücksrittern. Sie hätte die ihrer Programm-  
erklärung bestimmte Wege zeigen, nicht nur Schlagworte  
geben müssen. Man müßte die verschiedenen Stände zu-  
sammenbringen, denn sie müssen alle zur Erfüllung des  
Ultimatums eingeschaltet werden. Wenn ein solches Regie-  
rungsprogramm verkündet worden wäre, wäre der Stand-  
punkt, den die Deutsche Volkspartei eingenommen hat, er-  
klärlich gewesen. Das Regierungsprogramm, das Dr.  
Wirth gegeben hat, sei eine Enttäuschung gewesen.

#### Frankreich.

× Die Reichsgerichtsurteile im französischen Senat. Aber  
die Urteile, die das Reichsgericht bis jetzt gegen die Kriegs-  
beschuldigten gefaßt hat, wird demnach der französische  
Senat in öffentlicher Sitzung verhandeln. Senator Du-  
plantier hat dem Ministerpräsidenten Briand mitgeteilt,  
daß er raschestens von ihm Auskunft haben möchte, über  
die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt,  
damit die deutschen Kriegsbeschuldigten gemäß den Be-  
stimmungen von Versailles bestraft würden.

#### Großbritannien.

× Polnisch-britischer Zwischenfall. Die Londoner Blät-  
ter beschäftigen sich mit einem in Warschau entstandenen  
Konflikt. Infolge der zeitweiligen Zurückhaltung eines  
Angestellten des britischen Botsbureaus durch die polnischen  
Behörden hat der britische Gesandte eine Entschuldigung  
von der polnischen Regierung gefordert. Ministerpräsident  
Bischoff drückte sein aufrichtiges Bedauern über den Zwi-  
schenfall aus. Der britische Gesandte bestand auch darauf,  
daß sich der für den Vorfall verantwortliche Präsident des  
polnischen Kriegsgerichts innerhalb kurzer Zeit entschul-  
dige. Wenn diese Entschuldigung nicht erfolge, werde der  
britische Gesandte seine Pässe fordern.

#### Rusland und Ausland.

München. Der Reichsbürgerrat hielt hier seine  
Tagung ab und nahm Entschlüsse gegen Marxismus und  
Kommunismus an. Die Verhütung der schwarz-weißen  
Blöße und ein Volksentscheid darüber wurde gefordert.

Antwerpen. Auch in Antwerpen sind infolge des neuen  
Einwanderungsgesetzes der Vereinigten Staaten 1200 Aus-  
wanderer auf unbestimmte Zeit zurückgeblieben. Die  
meisten der Zurückgebliebenen sind Polen. Das Elend unter  
ihnen ist sehr groß.

Paris. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist das neue  
persische Kabinett von Rawam es Sultaneh gebildet worden,  
der auch das Portefeuille des Innern übernimmt. Zum Mi-  
nister des Äußern wurde Mostafem es Sultaneh ernannt.

London. Neuerdings sind zehn wichtige internationale  
Telegraphenbrüche durchschritten worden; ebenso die

*Propf*  
*Willy*

zu müssen,  
nie volles  
ich nur eine  
gehabt hätte,  
den."  
Mit, diese  
dortben, sein  
Augen nicht,  
zu müssen —  
den Ausgang  
ngkeit, dann  
Ich will die-  
ng, aber ich  
as er mir zu-  
gen wird mich

dem Du Ge-

ers handeln,  
erkörpers trat  
dieser Sohn  
ihm empfand  
s Waters —  
spricht, ihn  
den Liebe ihn  
weerer Kran-  
b Ehre, die  
kommenen, ob-  
ein heimlich  
stimmte. Ich  
den Adel der  
eburt. Wenn  
er beglückte,  
dieser träben

gestanden er  
Sitten bekun-  
war, 1911  
240. 2)